



Christiane Benner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Gute Arbeit für Europa

Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2012 in Göppingen

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne und Soziale Sicherheit. So lautet unser Motto für den 1. Mai 2012. In zahlreichen Städten, so wie hier in Göppingen, erheben wir heute unsere Stimme: Wir wollen die Chance auf ein Leben mit guter Arbeit, Sicherheit und Perspektive. Und zwar für alle Menschen in Europa, Kolleginnen und Kollegen!

Und wenn wir uns den Zustand Europas heute – am 1. Mai 2012 – anschauen, dann ist klar: Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen wir uns einmischen. Das gemeinsame Europa ist ein einzigartiges Projekt. Gerade uns Deutschen hat es Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und Freundschaft mit unseren Nachbarn gebracht.

Weiterhin wollen wir uns doch auch nicht mehr vorstellen, dass wir wieder ewig an Grenzübergängen warten müssen, wenn wir mal eben nach Frankreich oder Italien fahren. Oder, dass wir wieder verschiedene Währungen brauchen. Wir haben ja erst seit 10 Jahren den Euro. Aber ich bin ja nicht nach Göppingen gekommen, um mit Euch 10 Jahre Euro zu feiern. Dennoch sind das für uns die kleinen Annehmlichkeiten.

Aber Deutschland profitiert auch im großen Stil vom Euro. Unsere Wirtschaft profitiert vom Euro wie kaum eine andere. Nur zur Erinnerung: 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die 17 Länder mit Euro-Währung. Insgesamt über 60 Prozent des deutschen Exports gehen in alle EU-Länder.

Seit der Finanzkrise ist Europa aber mächtig in die Schieflage geraten. Der Fokus wurde zu stark auf die wirtschaftlichen und Finanzmarktinteressen verschoben. Die sozialen Belange und Interessen der Beschäftigten hingegen sind zu stark aus dem Blick geraten.

Einen der schlechtesten Beiträge zur Euro-Krise hat kein geringerer als der EZB Chef Mario Draghi geleistet. Ich halte es für einen Skandal, dass der neue EZB-Chef das europäische Sozialmodell als längst beerdigt sieht (Interview im Wall Street Journal vom 24. Februar 2012: *"The European social model has already gone"*).

Kolleginnen und Kollegen, das ist wie Brandstiftung. Das ist eine Aufforderung zum Sozialabbau. Solche Äußerungen sind für einen Geldpolitiker in europäischer Verantwortung nicht akzeptabel. Das ist vom Niveau eine vergleichbar tiefe Schublade wie der Ausspruch: „Deutsche zahlen für faule Südländer“.

Viele Menschen in Europa haben den Eindruck, dass die Politik der EU vor allem die Interessen von Unternehmen und Lobbyisten bedient. Als Folge daraus wird die Politik der Europäischen Union vielfach als Bedrohung empfunden. Die Attraktivität des „europäischen Projektes“ leidet unter der sozialen Schieflage, die wir derzeit erleben müssen.

Millionen junger Menschen sind ohne jede Zukunftsperspektive. In Spanien haben fast 50 Prozent der jungen Menschen keine Arbeit.

Die Arbeitslosigkeit insgesamt ist auf über 20 Prozent hoch geschneit. Als würde das nicht reichen. König Fußball tröstet uns ja über vieles hinweg. Aber jetzt sind Barcelona und Real Madrid nicht einmal im Champions League Finale.

Die Stützungskredite für Griechenland, Irland und Portugal sind mit strikten Auflagen zur Senkung der Staatsschulden verknüpft worden.

Das ist knallhart für die Menschen in Griechenland und Spanien. Denn das heißt Mehrwertsteuererhöhungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen, Absenkung des Mindesteinkommens und Erhöhungen des Renteneintrittsalters. Herzlichen Glückwunsch.

Die Opfer der Krise müssen jetzt auch noch die Hauptlasten bei der Bewältigung der Staatsschulden tragen. Diese Politik löst die Probleme nicht. Im Gegenteil, das Wirtschaftswachstum wird in diesen Ländern durch die kurzfristige und kurzsichtige Konsolidierungspolitik abgewürgt und die Schuldenquoten steigen weiter an. Durch Sparpakete, durch Einkommenskürzungen dreht sich doch die Abwärtsspirale weiter nach unten, da die Nachfrage abgewürgt wird.

Deshalb dürfen wir nicht Zuschauer bleiben, sondern müssen für den politischen Kurswechsel aktiv werden. „Stell dir vor, es ist Europa und keiner geht hin.“ Das geht doch nicht Kolleginnen und Kollegin. Es ist unsere Aufgabe, mit guten Argumenten für das „Soziale Europa“ zu kämpfen und mal alles wieder etwas zurecht zu rücken. Das heißt, die Interessen der Menschen und der Beschäftigten an einem sozialen Europa wieder in den Mittelpunkt zu nehmen. Wer, wenn nicht die Gewerkschaften? Wir sind doch die einzige Lobby der Beschäftigten und Menschen.

Und was uns am meisten Sorge bereitet, dass es wieder die Rechten, die alten und die neuen Nazis sind, die die Ängste der Menschen schüren. Den Zuspruch von knapp 20 Prozent, den Marine Le Pen in Frankreich erfährt, finde ich alarmierend. Die grausamen Taten der NSU ebenso.

Lasst uns Norwegen als Beispiel nehmen. Nachdem der Rechtsextremist Breivik im Gerichtssaal die Idee einer friedvollen, vielfältigen Gesellschaft verhöhnte, trafen sich spontan 40.000 Menschen vor dem Gerichtsgebäude in Oslo und sangen das Lied „Kinder des Regenbogens.“ Manchmal kann man Rechtsextremisten so begegnen. Heute, am 1. Mai, demonstrieren viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in vielen Städten gegen Rechts. Ihr in Göppingen habt ein Bündnis „Kreis Göppingen nazifrei.“ Am Ostersonntag gab es bei euch Nazidemos. Ihr habt mit vielen Demonstranten gegen gehalten. Das ist richtig so. Keinen Fußbreit den Faschisten und Faschistinnen.

Gewerkschaften haben eine antifaschistische Tradition. Lasst uns auch hier in Göppingen unsere Maiveranstaltung als ein Zeichen gegen die Rechten und für ein NPD-Verbot setzen.

Auch damit die Rechten nicht die Krise nutzen, müssen wir immer wieder die richtigen Fragen stellen. Haben etwa wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Finanzkrise verursacht? Haben wir uns an den Finanzmärkten verzockt? Sind wir Arbeitnehmer schuld, dass die Finanzmärkte mittlerweile auf die Pleite ganzer Staaten spekulieren?

Kolleginnen und Kollegen, das ist doch absurd! Wir wissen ganz genau, wer dieses Desaster zu verantworten hat. Und deshalb werden wir nicht akzeptieren, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Suppe auslöffeln, die Finanzjongleure und Banker uns eingebrockt haben!

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel. Was bedeutet für uns ein soziales Europa?

Wenn Ihr Euch in europäischen Betriebsräten engagiert, so tut Ihr das, weil Ihr Euch nicht gegeneinander ausspielen lassen wollt. Mit Eurer europäischen und internationalen Arbeit nehmt Ihr die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in den Blick. Also Ihr habt einen sozialen Blickwinkel, während die Arbeitgeber oft nur schauen, wo's noch billiger geht. Die Kolleginnen und Kollegen von WMF wissen, wovon ich rede. Trotz Rekordgewinnen werden Teile des Unternehmens nach China verlagert. Bei Heidelberger Druck habt ihr gerade den Abbau von über 100 Stellen in Amstetten und von 1.200 in Deutschland verhindern können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir brauchen Wachstumsperspektiven in Europa, auch durch Korrekturen auf der Einnahmeseite. Das ist doch am falschen Ende, wenn ich immer nur spare. Da muss ich doch auf der Einnahmeseite was ändern.

Kolleginnen und Kollegen, das heißt:

- Wir brauchen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, gerechte Besteuerungskorridore für alle EU-Mitgliedsländer und auch eine höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften .
- Wir brauchen weiterhin dringend mehr Transparenz und Mitsprache auf Europaebene durch die Schaffung einer demokratisch legitimierten europäischen Wirtschafts- und Finanzregierung.
- Wir brauchen endlich ein soziales Europa durch einheitliche Mindeststandards für sichere und faire Arbeit: Hierzu gehört die Eindämmung des Niedriglohnsektors und der grenzenlosen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Weg mit prekärer Beschäftigung. Das ist doch kein Zukunftsmodell für uns. Vom Europäischen ins Deutsche übersetzt heißt das:
 - o „Her mit einem anständigen Mindesteinkommen“ und „Gleiches Geld für gleiche Arbeit.“
 - o Ob die Vorstöße der CDU in Richtung Lohnuntergrenze nur zur Aufhübschung des NRW-Wahlergebnisses dienen sollen, oder ob sie wirklich für eine gerechtere Arbeitswelt eintreten will, werden wir sehen. Wir bleiben gespannt. Sollte sich das Vorhaben als „weiße Salbe“ entpuppen, kann sich Frau von der Leyen diese gerne in die Haare schmieren.
- Wir brauchen eine Zukunft für die Jugend Europas durch Bildung und bessere Übergänge in den Arbeitsmarkt. Hierzu gehört eine stärkere Mitverantwortung der Arbeitgeber für die Ausbildung der Jugend.

- Die Ausweitung von betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Europa, um ein starkes Gegengewicht gegen die Shareholder-Interessen zu schaffen.

Das sind nur einige Punkte, aber ich will hier kein europapolitisches Grundsatzreferat halten. Entscheidend ist, dass alles unternommen werden muss, um Beschäftigung und Perspektiven zu schaffen. Das sind die Ziele und Maßnahmen, die den Bedürfnissen einer Mehrheit der Menschen entsprechen.

Die Botschaft der Gewerkschaften am 1. Mai 2012 lautet: Kurswechsel für Gute Arbeit in Europa - gerechte Löhne und soziale Sicherheit – und dafür werden wir uns weiter einsetzen, Kolleginnen und Kollegen!

Wer, wenn nicht die Gewerkschaften!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
von Europa nach Deutschland und nach Göppingen.

2012 ist ein heißes Tarifjahr, in dem es um sehr viel geht. Nämlich darum, wie viel wir von dem Kuchen kriegen, den wir gebacken haben.

Unseren Kolleginnen und Kollegen von ver.di ist vor wenigen Wochen ein guter Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst gelungen. Es war höchste Zeit, dass die Beschäftigten dort endlich mehr Geld bekommen. Sie haben die Finanzmisere der öffentlichen Kassen nicht verschuldet, sie leisten gute Arbeit. Deshalb ist es nur gerecht, wenn sie dafür auch anständig bezahlt werden! Ich beglückwünsche unsere Kolleginnen und Kollegen von ver.di zu Eurem Ergebnis. 6,3 Prozent. Das ist ein

Wort. Das ist Euer Erfolg! Das ist ein Erfolg, der auch uns Metallerrinnen und Metaller beflügelt.

Aktuell führen unsere Kolleginnen und Kollegen der IG BCE die Tariffbewegung für die Chemieindustrie.

Wir, die IG Metall, sind gerade mittendrin in unserer Tarifrunde und haben uns richtig warm gelaufen. Die Metall und Elektroindustrie und die Chemiebranche stehen insgesamt gut bis hervorragend da.

Auch, weil wir mit unserer Tarifpolitik und weil unsere Betriebsräte in der Krise Beschäftigung gesichert und dazu beigetragen haben, dass beide Branchen so schnell wieder nach oben gekommen sind.

2011 war ein Jahr der goldenen Bilanzen. Auch die wirtschaftlichen Aussichten für 2012 sind gut. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, dass die Beschäftigten ihren fairen Anteil bekommen. Wir haben gut gearbeitet. Wir haben die hervorragenden Ergebnisse mit erwirtschaftet. Und deshalb wollen wir jetzt mehr Geld – wir haben das verdient, Kolleginnen und Kollegen!

Aber was machen die Arbeitgeber? In dieser Tarifrunde ist das wie „kein Anschluss unter dieser Nummer“ oder „Der Teilnehmer ist vorübergehend nicht erreichbar“.

Das erste Arbeitgeberangebot war außerirdisch. 3,0 Prozent für 14 Monate, das sind auf ein Jahr gerechnet nicht einmal 2,6 Prozent. Knappe Reallohnsicherung bestenfalls! Und sogar weniger als die 2,7 Prozent, die wir noch in der Krise für 2011 vereinbart hatten. Die Arbeitgeber sollen endlich mit den Ritualen aufhören und die

Beschäftigten fair beteiligen. Das ist doch kein Lösungsvorschlag wie die Arbeitgeber es nennen. Das ist ein Hinhalteversuch! Damit werden wir uns nicht abspeisen lassen!

Wenn sich die Arbeitgeber nicht sehr schnell sehr deutlich nach oben bewegen, dann steuern wir mit Volldampf auf einen Riesenkrach zu! Die Friedenspflicht ist seit dem 29. April vorbei und auch der Monat des Aprilscherzes. Ab jetzt werden die Beschäftigten mit Warnstreiks und Aktionen deutlich machen, was sie von diesem Vorschlag halten!

Und ich kann den Arbeitgebern nur raten: Machen Sie schnell ein Angebot, das diesen Namen auch verdient! Diese Woche starten wir mit Warnstreiks und wir sind vorbereitet auf Urabstimmung und Streik. Und wir werden diesen Konflikt führen. Die Arbeitgeber wollen diesen Konflikt. Wir scheuen diesen Konflikt nicht, denn die Beschäftigten stehen und sind kampfbereit.

Bei Übernahme und Leiharbeit bieten die Arbeitgeber bisher gar nichts. Außer ziemlich absurden Argumentationen, zum Beispiel dem Hinweis, dass sie ja schon irgendwie einsehen würden, dass man Leiharbeiter besser bezahlen muss, aber dass das ja auch Kosten verursache, die man beim Entgeltabschluss für die Metallindustrie berücksichtigen müsse.

Was ist das denn? Die Arbeitgeber machen jahrelang Lohndumping in der Leiharbeit und jetzt wollen sie das dadurch beenden, dass die Metallbeschäftigten das in dieser Tarifrunde bezahlen? Das lassen wir uns nicht auf unseren Deckel schreiben! Das ist doch eine absurde Idee!

Für uns ist klar: Wir brauchen eine faire Lösung bei allen drei Themen dieser Tarifrunde: Geld, Übernahme und faire Leiharbeit. Das heißt: Mehr Geld für Leiharbeiternehmer und mehr Mitbestimmung beim Einsatz von Leiharbeit. Und wenn sich die Arbeitgeber nicht am Verhandlungstisch bewegen, dann werden wir für Bewegung sorgen. Dann werden wir uns holen, was uns zusteht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden beim Thema prekäre Beschäftigung auch nach den aktuellen Tarifrunden keine Ruhe haben - und keine Ruhe geben. Das ist in vielen verschiedenen Facetten der Kernkonflikt unserer Arbeitsgesellschaft.

Auch das ist ein weiterer Grund, warum wir weiter für Equal Pay und Equal Treatment kämpfen werden. In unserer Tarifrunde geht es jetzt um mehr Mitbestimmung für Betriebsräte bei Leiharbeit. Für dieses Vorhaben werden wir genau so entschieden kämpfen, wie für die anderen beiden Forderungen.

Es geht in dieser Tarifrunde um die Auseinandersetzung um eine faire Arbeitswelt.

Wir wollen die schlechten Entwicklungen eindämmen. 910.000

Leiharbeitsbeschäftigte sind zu viel. 54 Prozent aller jungen Menschen unter 25 Jahre steckten 2010 in prekärer Beschäftigung. Insgesamt arbeiten in Deutschland knapp 12 Mio. Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen, das heißt Leiharbeit, Befristung oder Mini-Job. Davon haben 7,4 Mio. Menschen eine Stelle auf 400 EURO Basis. 4,65 Mio. davon sind Frauen, die perspektivisch vom Mini-Job in die Mini-Rente wechseln. Das ist ein Skandal. Die Arbeitgeber wollen die Zahl ausbauen, wir wollen sie massiv senken.

Kolleginnen und Kollegen.

Es geht uns bei der unbefristeten Übernahme und bei Mitbestimmung bei Leiharbeit um viel mehr. Es geht darum, ob wir uns durchsetzen mit unseren Forderungen nach einer fairen Arbeitswelt mit sicheren Perspektiven, gerechter Bezahlung und Planungssicherheit.

Die Arbeitgeber haben ein anderes Bild von der Arbeitswelt: Sie wollen prekäre Arbeitsverhältnisse, um höchst mögliche Flexibilität zu haben, niedrige Kosten und auch, um Herr im Haus zu bleiben. Wir wollen Solidarität unter Beschäftigten, sie wollen Mehrklassenbelegschaften und den Daumen heben oder senken, wenn es um Übernahme oder Entfristung geht.

Das macht das Fundament unserer Gesellschaft kaputt! Das gefährdet die Voraussetzungen unseres wirtschaftlichen Erfolges. Und es untergräbt außerdem jedes Vertrauen in die Gestaltungschancen von Politik. Und deshalb werden wir uns dagegen wehren, Kolleginnen und Kollegen!

Unser positives Leitbild, unsere Vorstellung von Arbeit ist klar:

- Gut, sicher, qualifiziert und anständig bezahlt. Gleiches Geld für gleiche Arbeit.
Und haben wir jetzt Fachkräftemangel und ein Problem wegen der Demografie?
Ja oder Ja? Deshalb gilt für die Auszubildenden. Deshalb gilt in dieser Tarifrunde:
Übernahme unbefristet jetzt!
- Und für die etwas Fortgeschrittenen. Wir wollen, dass es alle gesund in ihre reguläre Rente schaffen. Aber regulär kann doch nicht 67 heißen. Die Rente mit 67 muss endlich weg. Das schafft doch kaum jemand. Egal ob Produktions- oder Kopfarbeiter. Deshalb: Hin zur Vernunft - Weg von der Rente mit 67!

- Wir brauchen gleiche Chancen für Männer und Frauen – in Gesellschaft und im Betrieb. 23 Prozent Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen sind genauso unerträglich wie Familienministerin Kristina Schröder, der ich als glühende Verfechterin des Betreuungsgeldes gerne „Die goldene Schürze“ verleihen würde. Sie soll endlich tun, was ihr Job ist. Gute Bedingungen für junge Familien schaffen, damit Männer und Frauen endlich richtig wählen können wie viel Familie sie mit wie viel Beruf vereinbaren wollen.
- Deshalb stehen wir hier auch für mehr Entgeltgerechtigkeit. Für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Für gleiche Chancen von Männern und Frauen beim Berufseinstieg und beim Berufsaufstieg.

Kolleginnen und Kollegen,

wir reden von diesen Themen nicht nur am 1. Mai, sondern uns geht es jeden Tag um eine bessere Arbeitswelt und um ein besseres Leben. Wir reden nicht nur von fairer Teilhabe, wir gestalten sie. Wir beschreiben nicht nur die Probleme. Wir sind in der Lage Lösungen durchzusetzen! Und ich finde: auch auf diese Bilanz dürfen wir mal stolz sein, Kolleginnen und Kollegen!

Deshalb ist es jetzt so wichtig, dass wir die eingeschlagene Erfolgsspur beibehalten. Je mehr wir sind, desto mehr können wir dafür tun, dass wir unsere Ziele durchsetzen und die Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigiert werden! Dafür, dass alle Menschen in diesem Land eine faire Lebenschance bekommen.

Dafür, dass junge Menschen in Deutschland und in ganz Europa wieder anfangen, auf eine gute Zukunft zu vertrauen. Gute Arbeit für ein solidarisches Europa – gerechte Löhne und soziale Sicherheit!

Lasst uns gemeinsam dafür weiterkämpfen. So wie es bei uns gute Tradition ist: Mutig, entschlossen und selbstbewusst!

In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Familien einen schönen

1. Mai!